

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Der Bundeskongress der Jusos möge beschließen:

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

Der YES-Kongress möge beschließen

U2_2/17 Act smart – get safe: Gerätehersteller*innen verpflichten, Verbraucher*innen schützen!

1 Immer mehr Geräte verfügen über eine Internetanbindung, egal ob PCs, Smartphones, Tablets,
2 Wearables, Smart-TVs oder smarte Haushaltsgeräte, wie Kühlschränke. Wenn alles mit jedem
3 kommuniziert, kommt dem Aspekt der Geräte-Sicherheit eine besondere Rolle zu. Während bei
4 Computern regelmäßige Sicherheitsupdates bei den gängigen Betriebssystemen (Windows,
5 MacOS, Linux) mittlerweile die Regel sind, stellt sich die Situation bei den anderen internetfähigen
6 Geräten, insbesondere bei Smartphones, problematischer dar. So laufen Medienberichten zufolge
7 beispielsweise 90% aller Android-Geräte mit veralteter Software. Die Ursache liegt dabei in erster
8 Linie nicht bei den User*innen, denn viele Hersteller*innen bieten notwendige Sicherheitsupdates
9 entweder gar nicht, nur in unregelmäßigen Abständen oder nur für ihre aktuellsten Geräte an.

10 Leidtragende sind die Nutzer*innen, denn die von ihnen verwendeten Geräte können auf
11 unterschiedlichste Art und Weise angegriffen werden. Da auf Mobilgeräten vielerlei persönliche
12 Daten zusammenlaufen (E-Mail, Banking, Social Media, Fotos), sind die Auswirkungen möglicher
13 Attacken enorm. Mittlerweile sind immer mehr klassische Haushaltsgegenstände mit dem Internet
14 verbunden. Auch Angriffe auf Smart-Home Technologien oder die Bordcomputer in modernen
15 Autos sind mit enormen Risiken verbunden. Schon alleine, weil auch hier zahlreiche persönliche
16 Daten gespeichert und verwertet werden.

17 Dieses Risiko ist minimierbar! Hierzu müssen die Hersteller*innen Sicherheitsupdates kontinuierlich
18 bereitstellen. Am Beispiel des Android-Betriebssystems lässt sich feststellen, dass Google
19 notwendige Updates aktuell freiwillig bereitstellt, diese jedoch nur von wenigen Hersteller*innen
20 an die Nutzer*innen weitergegeben werden.

21 Da nicht zu erwarten ist, dass sich diese Situation ohne Eingreifen der Politik verbessern wird, muss
22 der Gesetzgeber zum Wohle der Verbraucher*innen tätig werden und die kontinuierliche
23 Versorgung mit Sicherheitsupdates gegenüber den Hersteller*innen durchsetzen. Die
24 Hersteller*innen müssen verpflichtet werden, regelmäßige Sicherheitsupdates der auf den Geräten
25 installierten Software durchzuführen. Insbesondere muss die Haftung im Schadensfall bei den
26 Hersteller*innen und nicht bei den Nutzer*innen liegen.

27 Aufgrund der Schnelllebigkeit der heutigen Technologie sind Updates über einen unbegrenzten
28 Zeitraum jedoch nicht sinnvoll umzusetzen. Deshalb müssen für die verschiedenen

1 Gerätegattungen jeweils verbindliche Zeiträume durch den Gesetzgeber festgelegt werden, in
2 denen eine kontinuierliche Versorgung mit Softwareupdates durch die Hersteller*innen
3 sichergestellt sein muss.

4 Grundlage für die Festlegung einer Mindestunterstützung mit Sicherheitsupdates könnte die
5 jeweilige durchschnittliche Nutzungsdauer der Geräte sein. So wird ein Smartphone im Schnitt 2,5-
6 3 Jahre verwendet. Kühlschränke jedoch werden in der Regel 7 Jahre verwendet und sollen durch
7 die Hersteller*innen über einen entsprechenden Mindestzeitraum ab Kauf aktualisiert werden,
8 sofern sie internetfähig sind. Die Versorgung mit Sicherheitsupdates soll dabei das
9 zweieinhalbfache der jeweiligen durchschnittlichen Nutzungsdauer der Geräte, wie sie das
10 Bundesfinanzministerium angibt, ab Kauf keinesfalls unterschreiten. Um eine langfristige
11 Weiterverwendung der Geräte sicherzustellen, soll im Falle keiner weiterer Updates durch den
12 Hersteller – auch nach der Mindestunterstützung von Sicherheitsupdates – dieser dazu verpflichtet
13 sein, den Quellcode für nicht-kommerzielle Zwecke bereitzustellen, so dass eine
14 Weiterentwicklung durch die Öffentlichkeit und von Privatpersonen möglich ist.

15 Darüber hinaus sollen Hersteller*innen verpflichtet werden, ihre Unterstützung mit
16 Sicherheitsupdates transparent vor Kauf darzulegen, beispielsweise durch eine
17 Kennzeichnungspflicht nach dem Vorbild der europäischen Energieverbrauchskennzeichnung.

18 Es ist sicherzustellen, dass nur Geräte in den Verkehr gebracht werden dürfen, die diese
19 Anforderungen erfüllen. Halten die Hersteller*innen ihre Verpflichtungen nach Kauf nicht ein,
20 sollen sie wirksam in Regress genommen werden können. Hierfür sind entsprechende Regelungen
21 mit empfindlichen Strafen auf europäischer Ebene zu schaffen.

22 Wir fordern die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion und der S&D-Fraktion im Europäischen
23 Parlament auf, entsprechend tätig zu werden.